

Der Nachfrage fragt keiner nach

Fiskalpolitik müsste die Nachfrage und damit die Konjunktur ankurbeln – doch «Bern» missachtet das Postulat noch immer.



Martin Feldstein, der erfahrenste US-Ökonom, spricht Klartext: Die Depression kann nur durch eine stimulierende Fiskalpolitik überwunden werden. In der Schweiz geschieht das Gegenteil.

WERNER VONTOBEL

Kann der Staat mit seiner Steuer- und Ausgabenpolitik die Konjunktur aktiv steuern? In dieser Frage hat unter den Ökonomen ein Umdenken eingesetzt. Die neue Doktrin hat der Doyen der Konjunkturspezialisten, Martin Feldstein, in diesem Tagen so formuliert: Normalerweise verpufft eine aggressive Fiskalpolitik wirkungslos, weil die steigenden Staatsschulden die Zinsen erhöhen und/oder weil sie zu spät kommt. Angesichts der heute nicht nur in Japan, sondern auch in den USA und in Deutschland akuten Gefahr einer lang anhaltenden Deflation fallen diese Gegenargumente jedoch nicht ins Gewicht.

Feldstein spricht damit die verbreitete Angst vor «japanischen» Zuständen an, wo der laufende Preiszerfall die Zentralbank daran hindert, für die nötigen tiefen oder gar negativen Realzin-

Schmerzhaft vermisst: Ein fiskalpolitischer Pilot, der die Nachfrage ankurbelt.

sen (Zins nach Abzug der Inflationsrate) zu sorgen. Diese Machtlosigkeit der Geldpolitik hat zu einer mittlerweile zehn Jahre dauernden Stagnation und zu einer lähmenden Überschuldung der Wirtschaft geführt.

Entscheidend ist, dass die Fiskalpolitik die Nachfrage ankurbelt. Das kann durch höhere Staatsausgaben geschehen, doch der eher rechtsliberale Feldstein zieht andere Möglichkeiten vor. Beispielsweise die Ankurbelung privater Investitionen durch Steuererleichterungen für Investitionen. Die aktuelle Konjunkturkonstellation mit tiefen Inflationsraten und entsprechend tiefen Nominalzinsen führt zu einer Verteuerung der Investitionen, weil die Unternehmer weniger Schuldzinsen abziehen können. Diese ungewollte Erhöhung der Realzinsen, so Feldstein,

sollte durch Steuerrabatte für Investitionen ausgeglichen werden.

Für das ohnehin stark überschuldet Japan schlägt Feldstein eine – bu neutralere – gestaffelte Erhöhung der Mehrwertsteuer von 5 auf 20 Prozent und einen parallelen Abbau der Einkommensteuer vor. Begründung: künstlich Inflation geschaffen und die Konsumenten erhalten. Der Anreiz, schon heute zu konsumieren, weil morgen alles noch teurer ist.

Europäische Fiskalpolitik fördert den Konjunkturabschwung

Fiskalpolitik wirkt am besten, wenn sie von einer expansiven Geldpolitik unterstützt wird und von einer Lohnpolitik, die dafür sorgt, dass sowohl Löhne als auch Gewinne mit dem Pro-

Spezialist für Konjunkturfragen



Martin Feldstein ist Professor für Ökonomie an der Harvard University. Von 1980 bis 1984 amtierte er als ökonomischer Chefberater von US-Präsident Ronald Reagan, mit dem er sich 1984 wegen dessen rekordhoher Budgetdefizite überwarf. Als Präsident des National Bureau of Economic Research bleibt Feldstein auch heute eine zentrale Figur in der wirtschaftspolitischen Arena der USA. Er ist grundsätzlich kein Freund staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft. Noch vor einem Jahr verwarf er Steuererleichterungen als verfrüht und ohnehin nutzlos. Heute beurteilt er die Lage völlig anders.

vitätsfortschritt mithalten. Wenn es auf diese Weise gelingt, die Konjunktur anzukurbeln, können mittel- und langfristige auch die Staatsschulden (wieder) abgebaut werden.

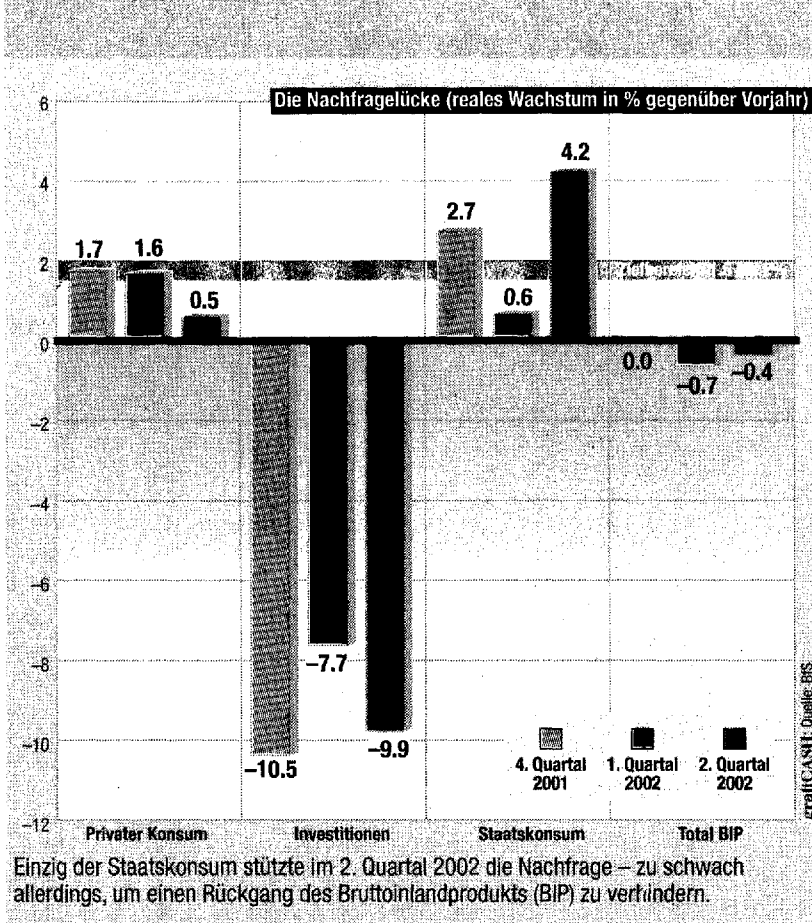
Dennoch ist sowohl in der EU als auch in der Schweiz die Fiskalpolitik weit davon entfernt, die Konjunktur zu stützen. «Nach der bisherigen Budgetplanung werden die Staatsausgaben nächstes Jahr den konjunkturellen Abschlag verstärken», meint Andres Frick, der Fachmann für Fiskalpolitik bei der Konjunkturforschungsstelle der ETH. In der Tat sieht der geltende Budgetvoranschlag des Bundes bei einer Teuerung von 1,3 Prozent nominelle Mehrausgaben von 1 Prozent vor. Das ergibt reale Minderausgaben von 0,3 Prozent.

Auch die Ausgaben der Kantone und Gemeinden dürften – wenn überhaupt – nur sehr langsam wachsen. Die CS schätzt deshalb in ihrer neusten Prognose das Wachstum der Staatsausgaben 2003 auf magere 0,5 Prozent. Hingegen wäre ein reales Wachstum von zwei Prozent nötig bzw. konjunkturalneutral. Gemäss der Nationalbank ist ein potenzielle Wachstum des BIP in dieser Höhe vonnöten, um einen Rückgang der Beschäftigung zu vermeiden.

Mit diesem Sparkurs der öffentlichen Hände bricht nach dem neuerdings stagnierenden Privatkonsum (CS-Schätzung für 2003: 0,8% Wachstum) auch die letzte Konjunkturstütze weg. Die Investitionen sind schon 2001 dramatisch zurückgegangen und haben sich seither nicht mehr erholt.

In Bern scheint diese Entwicklung kaum jemandem in Sorge zu versetzen. Der zuständige Wirtschaftsminister Pascal Couchepin scheint ausschliesslich daran interessiert, mit Strukturreformen das potenzielle Wachstum der

NACHFRAGEZIEL WEIT GEHEND VERFEHLT



Schweiz zu erhöhen. Die Nachfrage ist für ihn und seine neoliberalen Berater kein Problem. Auch im kürzlich veröffentlichten «Wachstumsprogramm» steht kein einziges Wort über die mangelnde Nachfrage. Zwar fordert die FDP Steuererleichterungen unter anderem für KMU und Familien, doch steht da-

bei nicht die Ankurbelung der Konjunktur im Vordergrund, sondern einzig die Verringerung der Staatsquote.

Auch von der Seite der Wissenschaft fehlt (noch) die Unterstützung für eine staatliche Nachfragepolitik. Professor Bernd Schips, der sich Ende der Neunzigerjahre für ein Investitions-

programm eingesetzt hat, glaubt nach wie vor an einen «natürlichen» Aufschwung aus eigener Kraft.

Bei der Nationalbank ist man inzwischen weit weniger optimistisch. Deren Vizepräsident Bruno Gehrig meinte in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag»: «Ob man das Potenzialwachstum erreicht, hängt von der Nachfrage ab.» Und in dieser Hinsicht ist Gehrig nicht allzu optimistisch: «Wir müssen froh sein, wenn die Konsumnachfrage einigermaßen intakt bleibt.»

Ausser der SP sieht noch niemand Handlungsbedarf

Von den Parteien setzt sich einzig die SP heute schon aktiv für ein Konjunkturprogramm ein. So schlägt Nationalrat Rudolf Strahm ein Wohnbauprogramm für Städte vor, zu dem der Bund mit Zinsverbilligungen bzw. Bürgschaften einen (noch nicht bezifferten) Beitrag leisten soll. SP-Nationalrätin Christine Goll will mit einem dringlichen Bundesratsbeschluss die Kinder bzw. die Familien von der Krankenkassenprämie befreien. Die Mehrausgaben für den Staat betragen rund 500 Millionen jährlich. Und ihre Kollegin Susanne Leutenegger-Oberholzer fordert 200 Millionen Franken Bundessubventionen für Energiesparmassnahmen und weitere 100 Millionen für die Entwicklung alternativer Energien. Sie hofft, damit ein Investitionsvolumen in der Höhe von 4,5 Milliarden Franken auszulösen.

Strahm ist klar, dass diese Programme (noch) nicht mehrheitsfähig sind. Doch er befürchtet, dass sich dies unter dem Eindruck einer weiter bröckelnden Konjunktur rasch ändern könnte. «Dann ist es wichtig, dass wir schneller handeln können als damals in den Neunzigerjahren.»